

Gewerkschaftsforum Hannover:

Eine redigierte Kurzfassung (4.435 Zeichen) des folgenden Artikels erschien in der „*jungen Welt*“ (www.jungewelt.de) vom **6.11.2008** unter dem Titel „*Berlusconi will Ruhe*“. Wir freuen uns, hier die ungekürzte Originalversion (5.731 Zeichen) präsentieren zu können, deren Fazit sich von der „jW“-Fassung durchaus unterscheidet.

Auf Thatchers Spuren

Berlusconi-Regierung plant weit reichende Einschränkungen des Streikrechts

Waldemar Bolze

Silvio Berlusconi ist ein gebranntes Kind. Ende Dezember 1994 stürzte seine erste Regierung, nachdem eine Streikwelle und Hunderte von Straßendemonstrationen gegen die geplante Rentenreform dazu führten, dass die rechtspopulistische Lega Nord, mit Blick auf ihre Wählerschaft die Koalition verließ. So etwas soll sich nach dem erklärten Willen des Konzern- und Regierungschefs Berlusconi nie wiederholen. Da die Zeichen aber angesichts der internationalen Finanzkrise und einer womöglich langen und tiefen Rezession auf Sturm stehen, schreitet die Rechtsregierung in Rom nun zu einer weit gehenden Einschränkung des Streikrechts. „*Nie wieder wilde Streiks*“, lautet dabei das Motto von Arbeitsminister Maurizio Sacconi.

Der ehemalige Sozialist und heutige Forza-Italia-Politiker arbeitet an einem Gesetzentwurf, der vor jeder Arbeitsniederlegung eine Urabstimmung sowie die namentliche Erfassung der Streikenden zur Pflicht macht. Außerdem soll „*ein garantierter und robusterer Intervall zwischen einem Streik und dem nächsten liegen, auch wenn diese von verschiedenen Organisationen ausgerufen werden, um einen angemessenen Zeitraum ohne Arbeitsunterbrechung zu haben*“. Verboten werden sollen des weiteren „*Kampfformen, die Straßen oder Bahnhöfe blockieren*“. Außerdem soll die kurzfristige Absage von Streiks ohne einen Tarifabschluss verboten werden. Sacconi zufolge seien von den 2.621 Arbeitsniederlegungen zwischen Januar 2005 und Juni 2006 39,3% sehr kurzfristig wieder abgesagt worden, was viele Manager als unangenehme Nadelstichtaktik empfanden. Sacconi geißelte dies in einem langen Interview für das linksliberale Nachrichtenmagazin „*L'Espresso*“ vom 23. Oktober als Unsitte und beschwerte sich darüber, dass die paritätisch besetzte Garantiekommision im genannten Zeitraum nur 48 kollektive Sanktionen zulasten der Gewerkschaften verhängt habe. Der Gesamtbetrag der Ordnungsgelder in Höhe von 300.000 Euro sei „*lächerlich*“, wenn man sich anschau, dass eine vierstündige Lahmlegung des Flugverkehrs um die 30 Millionen Euro koste.

Nicht erwähnt wird dabei die Tatsache, dass aufgrund der vorangegangenen Anti-Streik-Gesetze von Juni 1990 und April 2000 bereits heute im Transportsektor und im Öffentlichen Dienst „*Wartezeiten*“ von einigen Monaten üblich sind, bis ein Ausstand stattfinden kann. Zuvor muss er von der Kommission genehmigt werden.

Obendrein sind bei Bus und Bahn Hauptverkehrszeiten und zahlreiche Verbindungen generell „geschützt“, das heißt tabu. Was immer wieder zur massenhaften Dienstverpflichtung Streikwilliger führt. Die Kampfkraft der Beschäftigten wurde dadurch bereits bis heute derart reduziert, dass in vielen Branchen tariflose Phasen von ein bis zwei Jahren ebenso üblich sind wie immer neue Reallohnverluste und eine zunehmende Zahl von prekär Beschäftigten und *Working Poor*. Aktuell warten in Italien 3,6 Millionen Werktätige auf einen neuen Tarifvertrag.

Sacconi ficht das freilich nicht an. Er macht kein Hehl daraus, dass er „den virtuellen Streik begünstigen will, den man mit dem Taschentuch am Ärmel macht“. Diese den Sozialpartnern aller Couleur teure Veranstaltung geht wie folgt: „*Ich bin als Arbeiter im Ausstand, verliere den Lohn, arbeite aber dennoch weiter. Zugleich muss der Arbeitgeber jedoch für jeden Beschäftigten, der virtuell die Arbeit niederlegt, einen angemessenen Betrag zahlen und diese Mittel wandern in einen Solidaritätsfond, über dessen Verwendung dann gemeinsam entschieden wird. Damit wird eine Unterbrechung des Dienstes vermieden und dennoch in legitimer Weise eine Unzufriedenheit manifestiert.*“ (l'Unità 14.10.2008)

Sehr zum Leidwesen der Berlusconi-Exekutive manifestiert sich der Ärger über ausbleibende Lohnerhöhungen, Kurzarbeit, Betriebsschließungen und eine unerträglich hohe Anzahl tödlicher Arbeitsunfällen bislang in sehr realen Formen. Dem staatlichen Institut für Statistik (ISTAT) zufolge wurde von Januar bis Juli 2008 2,4 Millionen Stunden lang gestreikt. Im selben Zeitraum des Vorjahres waren es 65% weniger. Und im November und Dezember stehen noch landesweite Streiks der beiden größten Einzelgewerkschaften FIOM und FP-CGIL in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst an.

Entsprechend deutlich fiel auch die Antwort des FIOM-Führungsmitglieds Giorgio Cremaschi aus. Es gäbe bereits eine sehr präzise und restriktive Rechtslage. „*Das Streikrecht anzutasten, bedeutet ein Verfassungsrecht in Frage zu stellen, denn das Streikrecht ist ein Recht des Arbeiters und nicht der Gewerkschaft.*“ Im Übrigen sei klar, was dahinter stecke: „*Sie erwarten viele Streiks gegen die Regierung und die wollen sie verhindern.*“ Schmerzhafter als die Ablehnung durch einen der Köpfe der italienischen Gewerkschaftslinken ist für Sacconi und seinen Chef allerdings das klare Nein des mitte-linken CGIL-Generalsekretärs Guglielmo Epifani. Ähnlich wie 1990 und 2000 hatte man versucht, den größten, früher KP-nahen Gewerkschaftsbund mit der Ausschaltung seiner „*skrupellosesten Konkurrenz*“, das heißt der unabhängigen linken Basisgewerkschaften CUB, COBAS und SdL, zu locken. Doch diesmal scheint die CGIL-Spitze begriffen zu haben, dass sie sich damit endgültig auf „*den Weg der Unterordnung unter Regierung und Unternehmerverbände*“ begeben würde, wie FIOM-Generalsekretär Gianni Rinaldini erst kürzlich wieder warnte. Genau wie bei der Reform des Tarifsystems, die eine weitgehende Beseitigung des Flächentarifvertrages bringen soll, setzen Berlusconi & Co. daher jetzt auf ein Separatabkommen mit den sozialpartnerschaftlicheren Gewerkschaftszentralen CISL und UIL. Angesichts der zunehmenden sozialen Proteste im Land eine sehr gewagte Wette.

Vorbemerkung: Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de